

GEDENKSTÄTTE BAUTZNER STRASSE DRESDEN

Ehemalige Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung
Dresden des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR



NEWSLETTER – GEDENKSTÄTTE BAUTZNER STRASSE. MAI 2021

(Ausschnitt)

#DIE MAUER. GESCHICHTE – TRAUMA – SYMBOL

**„Volksaufstand“ – „verdrängte Revolution“ –
faschistischer Putsch“**

17. Juni 1953 – Ereignis und Erinnerung

„Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“

Erich Mielke am 31. August 1989



Heidemarie Dreßel, Denkmal Volksaufstand 17. Juni 1953,
Postplatz Dresden, Foto: Heidemarie Dreßel

Wie es begann...

Wer am 7. März vor 68 Jahren, also 1953, das „Neue Deutschland“ zur Hand nahm, konnte auf der Titelseite in großen Lettern lesen: „Das Herz des größten Menschen unserer Epoche, des Genossen J. W. Stalin, hat aufgehört zu schlagen.“ Wer nun aber meinte, damit sei auch das Ende des Stalinismus gekommen, sah sich getäuscht.

Seit Kriegsende hatten sich in der Sowjetischen Besatzungszone die „deutschen Genossen“, deren führende Kader aus dem Moskauer Exil zurückgekehrt waren, als eifrigste und radikalste Schüler des Diktators erwiesen. Das Projekt, im Osten Deutschlands den Sozialismus um jeden Preis Wirklichkeit werden zu lassen, nahm nach der Staatsgründung 1949 weitere Fahrt auf.

Die 1. Parteikonferenz der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) erklärte diese zu einer Partei des leninistischen Typs. Die 2. Parteikonferenz (9.–12. Juli 1952) verschärfte das Tempo der „Neugestaltung“ der ostdeutschen Gesellschaft. Das bedeutete: Ausbau des Grenzregimes, Aufbau einer Armee und zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, weitere Zentralisierung der Industrieproduktion, Kollektivierung der Landwirtschaft, Kampf gegen Selbstständige (Unternehmer, Handwerker, Gewerbebetriebe), machtorientierte Straffung des Rechts- und Bildungswesens, Zuspitzung des Kirchenkampfes – all dies abgesegnet von Stalin. Diese „Verschärfung des Klassenkampfes“ bedeutete auch eine Steigerung des Terrors und der Kontrolle gegen Andersdenkende. Zugleich schwand die Kaufkraft der „Ostmark“ und die Läden wurden immer leerer. Der Stillstand im Bauwesen und in der Konsumgüterindustrie kam hinzu. Unrealistische Pläne zur Steigerung der Produktivität in Landwirtschaft und Industrie, denen man zehntausende Facharbeiter durch den Pflichtdienst in den Sicherheitskräften entzogen hatte, ließen die Gesellschaft an die Grenzen ihrer Kraft stoßen.

Die Reaktion der Bevölkerung war eindeutig: Seit Anfang 1950 hatten mehr als 650.000 Menschen der DDR den Rücken gekehrt und ihr Heil zumeist in Westdeutschland gesucht. Im März 1953 wurde mit 58.605 Abwanderungen eine Rekordhöhe bei Flucht und Ausreise erreicht. Wer geblieben war, schlug

sich durch die Tage, suchte das Glück im Privaten, passte sich an – doch Unmut und Wut wurden zunehmend unüberhörbar. Schon Ende 1952 brandete eine Streikwelle durch die DDR.

Dies drang auch zu Moskauer Augen und Ohren; die neue sowjetische Führung unter Nikita Chruschtschow fürchtete ein Abdriften des westlichen Vasallenstaates. Ein „Neuer Kurs“, Anfang Juni 1953 der SED vom „großen Bruder“ verordnet, sollte dies verhindern, die nach Stalins Tod von Walter Ulbricht paradoxerweise verschärfte Sowjetisierungspolitik abmildern sowie die Flüchtlingszahlen senken. Am 9. Juni 1953 veröffentlichte die SED das später legendäre „Kommuniqué“, gestand Fehler ein und versprach eine Kurskorrektur in sämtlichen Politikbereichen (was in der DDR-Geschichte ein einmaliger Vorgang war und blieb). – Was das System und die Einparteienherrschaft eigentlich stabilisieren sollte, wurde als Bankrott-Erklärung der SED gelesen und wirkte als Einladung an die Bevölkerung, nun endlich aufzubegehren...zumal die kurz zuvor verordnete Erhöhung der Arbeitsnormen nicht korrigiert worden war – und erst am Abend des 16. Juni zurückgenommen wurde.

Es reicht...

Das kam zu spät...zwischen dem 16. und 21. Juni 1953 kam es in über 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks, an denen zwischen 400.000 und 1,5 Millionen Menschen beteiligt waren. Genaue Zahlen liegen nicht vor, ebenso wenig wie Angaben zu den Verletzten (Tausende), Verhafteten (bis zum 6. Juli ca. 10.000) und Toten (etwa 55). In der Nachgeschichte des „Volksaufstandes“ wurden alle Opferzahlen weit überzogen, in „Ost“ wie „West“ politisch instrumentalisiert und erst nach 1989 präziser erfasst. Die meisten „Untaten“ der Aufständischen waren Sachbeschädigungen größten Ausmaßes, nicht jedoch schrankenlose Gewalt gegen Polizei, Soldaten oder Repräsentanten des Staats und der Partei.

Ins Reich der Legende gehört die Tatsache, dass der Aufstand an einem SED-Prestige-Projekt, der neu entstehenden Berliner Stalin-Allee, seinen Anfang genommen habe. Die Dominanz der Bilder aus Berlin im kollektiven Gedächtnis beider deutscher Staaten sorgte allerdings dafür, Beginn, Ablauf und Niederschlagung des 17. Juni zu einer hauptstädtischen Angelegenheit zu machen. Doch kam es letztlich in allen Groß- und Mittelständen der DDR zu Revolten, Streiks, zu Schlägereien zwischen Ordnungskräften und Demonstranten, Sachbeschädigungen, Hausbesetzungen und zur Erstürmung von Parteibüros, Ämtern und einzelnen Haftanstalten. – Die weltweit verbreiteten Bilder aus den östlichen Aufstandsstädten passten gut ins antikommunistische Klima des „Kalten Krieges“. Dass der Westen nicht militärisch eingriff, enttäuschte so manchen Revolutionär, war aber verständlich, denn eine bewaffnete Konfrontation der Blöcke wollten sich weder Washington noch Bonn oder Moskau leisten. Der Zweite Weltkrieg war eben erst acht Jahre vorüber...

Faktisch war der „Volksaufstand“ ein landesweiter Flächenbrand, der bald schon die sogenannte Provinz erfasste. Anteil daran hatte die Berichterstattung des RIAS (Rundfunk Im Amerikanischen Sektor) über die Vorgänge in der Hauptstadt. Partei- und Gewerkschaftskontakte taten ein Übriges, das der Funke der „Revolution“ im ganzen Land Nahrung fand. Die Verlautbarungen der überall Streikenden umfassten meist den gleichen Forderungskatalog: Rücktritt einzelner politisch Verantwortlicher, Senkung der Arbeitsnormen in Industrie und Landwirtschaft, Verbesserung der alltäglichen Lebensverhältnisse (mehr Konsumgüter, bessere Lebensmittel, mehr Wohnraum, mehr Freizeit), der Ruf nach Freiheit(en) – und öfter auch der nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten.

Gerade dieser letzte Gedanke fruchtete in West-Berlin und der Bundesrepublik, die sich 1954 den „Tag der deutschen Einheit“ als gesetzlichen Feiertag, 1963 gar als „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ schenkten. 1990 feierte man den 17. Juni noch einmal mit kleinem „d“ (Tag der deutschen Einheit), ab dann den 3. Oktober als „Tag der Deutschen Einheit“ – seitdem verblasst die Erinnerung an den älteren „Volksaufstand“. Die runden Jahrestage des 17. Juni waren in der DDR selbstverständlich keine offiziellen Feiertage, nur Zeiten der erhöhten Alarmbereitschaft von Polizei, Geheimdienst und Militär – denn dem Volk war ja weiterhin nicht zu trauen.

Und in Dresden...

Am 16. Juni waren 30 Arbeiter des SAG-Betriebs Sachsenwerks aus Niedersedlitz nach Berlin gefahren, um den Baufortschritt an der Stalinallee zu bewundern. Was sie jedoch zu sehen bekamen, waren Streiks und Demonstrationen. Den Impuls zur Arbeitsniederlegung trugen Sie tags darauf in den eigenen Betrieb und zu den Kollegen im VEB Sächsische Brücken- und Stahlhochbau (ABUS). Schließlich sammelten sich etwa 5000 Arbeiter aus verschiedenen lokalen Betrieben bei den Sachsenwerkern; es formierte sich ein Demonstrationzug in die Innenstadt, der schließlich auf ca. 60.000 Teilnehmer anwuchs. Einer der Wortführer der Streikenden war der Angestellte Wilhelm Grothaus, der schon vor 1945 sich nicht hatte alles „von oben“ gefallen lassen. Er und fünf andere Personen aber wurden schon in der Nacht zum 18. Juni arretiert. Vorher war bereits „Ruhe eingekehrt“, denn Rote Armee und Kasernierte Volkspolizei hatten alle strategisch bedeutsamen Straßen und Plätze besetzt und schützten die wichtigsten öffentlichen Gebäude. Die versuchte Erstürmung einer Untersuchungshaftanstalt wurde im Keim erstickt. Da die Streiks jedoch auch am 18. nicht nachließen, besetzten Militär und Polizei zahlreiche Betriebe. Eine letzte Demonstration auf dem Postplatz wurde gewaltsam aufgelöst.

Seit dem 17. Juni 2008 erinnert auf dem Dresdner Postplatz das Denkmal aus einer T-34-Panzerkette an den Dresdner Aufstandsversuch. Die beigefügte Inschrift lautet: „Hier auf dem Postplatz demonstrierten am 17. Juni 1953 tausende Dresdnerinnen und Dresdner für Demokratie, freie Wahlen und gegen die Willkür der kommunistischen Diktatur. Nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes wurden viele von ihnen inhaftiert und verurteilt.“

Reaktion und Revanche der „Herrschenden“

Die SED-Führung reagiert auf die Rebellion ihres „Volkes“ erstaunt, ängstlich und kopflos – und war vollständig auf die Hilfe der „Freunde“ angewiesen. Am 17. Juni mittags erklärte die Sowjetische Militäradministration in 167 der 217 Kreise der DDR den Ausnahmezustand und verhängte das Kriegsrecht (gültig bis zum 11. Juli). Allein in Berlin kamen drei Divisionen und 600 Panzer der Roten Armee zum Einsatz, insgesamt waren 16 Divisionen der involviert, daneben über 8.000 Angehörige der DDR-eigenen Kasernierten Volkspolizei. – Anders als die antikommunistische Propaganda im Westen der folgenden Jahre unterstellte, bemühte sich die Rote Armee jedoch um Deeskalation, schoss nicht wahllos in die Menge (sondern meist über deren Köpfe hinweg) oder überrollte Demonstranten nicht absichtlich mit Panzern. Massenhafte standrechtliche Erschießungen kamen ebenfalls nicht vor.

Auf die bis Juli laufenden Verhaftungen folgte zwischen Sommer 1953 und Sommer 1954 eine Kette von Prozessen. Deutsche Gerichte und das Sowjetische Militärtribunal urteilten zahlreiche Personen als „Rädelsführer“, „Hintermänner“ und „Streikführer“ des Aufstandes am „Tag X“ hart ab. Parallel dazu lief eine Propagandaaktion an, in der die Staats- und Parteiführung das eigene Versagen kaschierte und die Schuldigen für den Aufstand in „verführten Volksgenossen“, „imperialistischen Agenten“ und „westlichen Provokateuren“ eines „faschistischen Putsches“, einer „Konterrevolution“ fanden. Sie inszenierten Gegendemonstrationen, initiierten Filme und Dokumentarfotos des angeblich großen Einvernehmens zwischen Volk, Partei, Staat und den „Freunden“. In der SED wurden Säuberungen des Apparates – vor allem auf der Bezirks-, Kreis- und Betriebsparteileitungsebene rigoros exekutiert.

So fanden die frühen „Lehrjahre der Angst“ ihre Fortsetzung. In den Jahren nach 1953 baute die SED den innergesellschaftlichen Überwachungs- und Repressionsapparat systematisch und umfassend aus. Die Volkspolizei erhielt Tausende neuer Stellen; das MfS rekrutierte eine Vielzahl „Informeller Mitarbeiter“. Paramilitärische Betriebskampfgruppen wurden begründet, personell und ausrüstungstechnisch aufgerüstet. Schon ab 1955 existierten sie als „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die direkt der SED unterstellt waren.

Der nur mit fremder Hilfe niedergeschlagene Aufstand der eigenen Bevölkerung blieb bis 1989 ein Trauma der SED-Führung, das angesichts von Revolten in einzelnen „sozialistischen Bruderländern“ immer wieder aufgefrischt wurde: 1956 in Polen und Ungarn, 1968 in der CSSR, 1970 und 1976 erneut in Polen und ab 1980 in der Sowjetunion selbst, in der die Perestroika einsetzte. Und auch der Mauerbau 1961 ist eine späte, radikale Konsequenz aus den Ereignissen des Juni 1953 und einer Fluchtbewegung von DDR-Bürgern gewesen, denen allein mit Mitteln der Repression, Inlandspionage und Einschüchterung nicht beizukommen war. Bertolt Brecht hat im unmittelbaren Nachgang zum 17. Juni im gleichnamigen Gedicht der „Bukower Elegien“ eine „Lösung“ vorgeschlagen:

„Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes.“

Im Oktober 1989 wurde umgekehrt ein Schuh daraus...aber dazu kommen wir noch.

Justus H. Ulbricht

Herzliche Grüße

Ihr Gedenkstätten-Team

PS:

Gern können Sie den Text an Interessierte weiterleiten.

Falls Sie unseren Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schreiben Sie uns bitte eine E-Mail. Wir werden dann Ihre E-Mail-Adresse im Verteiler löschen.

Die Arbeit des Trägervereins der Gedenkstätte Bautzner Straße wird mitfinanziert durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus Steuermitteln auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushalts sowie durch die Kulturförderung der Landeshauptstadt Dresden.



gefördert durch
das Amt für Kultur und
Denkmalschutz



Dresden.
Dresdner

Die Arbeit des Trägervereins der Gedenkstätte Bautzner Straße wird mitfinanziert durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus Steuermitteln auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushalts sowie durch die Kulturförderung der Landeshauptstadt Dresden.